

Blick ins Ausweichquartier

BESICHTIGUNG Während der geplanten umfassenden Sanierung des Rathauses muss die Stadtverwaltung vorübergehend umziehen. Der ehemalige Goebel-Verwaltungstrakt wird zur Interimslösung.

VON UNSEREM MITARBEITER MARTIN REBHAN

Rödental Im Januar des vergangenen Jahres fasste der Stadtrat Rödental bei fünf Gegenstimmen den offiziellen Beschluss, das Rathaus grundlegend zu sanieren. Die Kosten für dies Großprojekt wurden damals mit 16,3 Millionen Euro kalkuliert, wobei die Stadt mit einem staatlichen Zuschuss von rund sieben Millionen Euro rechnete. Gegen das Projekt stimmte damals das Quintett aus vier CSU-Vertretern (Wolfgang Hacker, Stefan Zapf, Trixi Preß-Zapf, Ina Maar), ergänzt durch AfD-Stadtrat Klaus Taubmann.

Ausweichquartier

Bevor die Maßnahme angegangen werden kann, musste zunächst die Frage geklärt werden, wo die Verwaltung während der etwa zweieinhalbjährigen Bauzeit untergebracht werden kann. Eines war von vorneherein klar: Ein Verbleib der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gebäude während der Bauzeit war völlig ausgeschlossen.

Jetzt konnte Bürgermeister Marco Steiner (FW) das Ausweichquartier den Vertretern der einzelnen Fraktionen im Rahmen eines Pressetermins offiziell präsentieren. Die Verwaltung wird in den ehemaligen Verwaltungstrakt der Firma Goebel in der Coburger Straße 7 einziehen. Hier, im dritten Stock des Gebäudes, fand man nach Worten von Steiner ideale Voraussetzungen, um die komplette Verwaltung unterzubringen. Die Büroräume sind auf einem Flur angeord-

nete, so dass die Besucher eine zentrale Anlaufstelle haben und sich sehr leicht zurechtfinden werden. Wichtig ist für Marco Steiner, dass die Verwaltungsräume barrierefrei über einen Fahrstuhl zu erreichen sind.

Insgesamt wurde eine Fläche von rund 1400 Quadratmetern von der Schulze Immobilien GmbH & Co KG angemietet. Mit Hochdruck werden derzeit die Räumlichkeiten für die spätere Nutzung vorbereitet. Bürgermeister Steiner geht davon aus, dass bis Anfang Juni der Umzug vom Bürgerplatz in die Coburger Straße stattgefunden hat.

Wichtig war für Steiner, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in das Nutzungskonzept des neuen Standortes mit einbezogen wurden. Dies ging offensichtlich so weit, dass es die Bediensteten waren, die festlegten, welches Büro der Bürgermeister in Beschlag nehmen darf. Eigentlich dürfte man seitens der Verwaltung mit der Entwicklung recht zufrieden sein. Würden da nicht dunkle Wolken in Form eines durch die FDP angestrebten Bürgerbegehrens als Vorstufe zu einem Bürgerentscheid am Rödentaler Horizont aufziehen.

Marco Steiners düsteres Szenario

Bürgermeister Steiner machte unmissverständlich klar, dass für den Fall, dass das Bürgerbegehren die notwendige Zahl der Unterstützer hinter sich vereinen kann, sämtliche Arbeiten an dem Projekt sofort zu einzustellen sind. Steiner malte in düsteren Farben das Szenario, dass das Bürgerbegehren mitten in den Umbau-

arbeiten kommt und das Rathaus dann vielleicht als offene Baustelle mit Löchern im Dach, ohne Fenster und vielleicht auch mit offener Fassade über Monate dastehen muss.

Kritik an den Sanierungsgegnern

Kein Verständnis zeigte er dafür, dass die Antragssteller zum Bürgerbegehren nicht sofort nach dem Beschluss aktiv wurden, sondern fast ein ganzes Jahr ins Land ziehen ließen. „Wir haben bereits jetzt Geld für die Planungen investiert“, hielt Steiner fest. Auch könnte es nach seinen Worten dazu kommen, dass bei einem Bürgerentscheid, der Zeitplan für die Sanierung so durcheinandergewirbelt wird, dass dieser nicht eingehalten werden kann. Was sich einfach liest, kann fatale Auswirkungen für die Stadt haben.

„Wir müssen bis Ende 2028 die Maßnahme abgerechnet haben, ansonsten müssen wir erhaltene Zuschüsse zurückzahlen“, betonte Steiner. Zweiter Bür-

germeister Thomas Lesch (SPD) ergänzte: „Es könnte dadurch ein Fehlbetrag von mehreren Millionen Euro entstehen, den die Stadt zu tragen hätte.“

Für Hans-Joachim Lieb (FW) gehen die Gegner des Projekts von einem völlig falschen Ansatz aus. „Eine Turnhalle oder ein Rathaus kann nie unter betriebswirtschaftlichen Aspekten betrachtet werden“, unterstrich der Stadtrat und ergänzte: „Manche Argumente sind völlig an den Haaren herbeigezogen.“ Kritik am Verhalten der Antragssteller zum Bürgerbegehren übte auch unverhohlen die Personalratsvorsitzende, Katja Colgeu. „Es wurde über uns (die Mitarbeiter), aber nie mit uns geredet“, führte sie aus. Weiter hob sie hervor, dass die Gegner des Projektes mit gefährlichem Halbwissen arbeiten.

Deutlich machte Katja Colgeu, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Rathaus voll und ganz hinter der Umsetzung des Sanierungsplanes stehen.



Hochbaumaßnahmen in Rödental

Rückblick Gerd Eller (Bauamt) führte vor Augen, dass die Stadt seit 2016 rund 37 Millionen Euro in Hochbaumaßnahmen investiert hat, ohne neue Kredite aufzunehmen. Bei keiner dieser Maßnahmen hat sich nach seinen Worten irgendein Widerstand geregt. Das Gesamtinvestitionsvolumen betrug nach Darlegung von Bürgermeister Steiner in diesem Zeitraum rund 65 Millionen Euro.

Nicht unerwähnt ließ er hierbei, dass es gelungen ist, den Schuldenstand kontinuierlich von 11,5 Millionen Euro auf rund drei Millionen Euro abzubauen. Hans-Joachim Lieb ergänzte, dass davon rund zwei Millionen Euro als ein „rentierliches Darlehen“ angesehen werden müssen und damit rechnerisch nur eine Million Euro zu Buche schlägt.

mr